

- Wer Einschränkungen wie etwa das Home-schooling tapfer in Kauf nimmt, wird mit einem kleinen Geldbetrag belohnt.
- Wer für Menschen, die bis zur totalen Erschöpfung arbeiten, auf dem Balkon ein Lied singt, demonstriert den wahren Zusammenhalt der Menschen.
- Wer seine Verwandten nicht mehr besucht, auch wenn sie schon sehr alt sind, schützt sie. Kältherzigkeit ist die wahre Liebe.

Auf subtile Weise findet dabei die Entwertung unseres Menschseins statt: Ihr seid schmutzig, also wascht euch so oft es geht die Hände. Ihr seid gefährlich, also setzt die Maske auf. Ihr könntet krank sein, also testet euch. Ihr werdet immer Virenschleudern sein, es sei denn, ihr lasst euch impfen.

Nach Merideth Miller muss es erst zu schweren Krisen kommen, um aus dieser Selbstverleugnung herauszukommen.

Die Frage, warum Regierende die klassischen Formen von Missbrauch auf die eigene Bevölkerung anwenden, ist sicher nicht mit wenigen Sätzen zu beantworten. Bekanntlich haben die Reichsten dieser Welt am meisten von den Corona-Maßnahmen profitiert. Pharma-Hersteller und der Online-Handel feierten gigantische Gewinne.

Es ist aber auch davon auszugehen, so Merideth Miller, dass einige Politiker wohl selbst von psychopathischem Charakter sind, deren Interesse es ist, andere Menschen unter ihre totale Kontrolle zu bringen, so wie es bei Fällen von Missbrauch geschieht.

Was dagegen zu tun ist? Am besten: Für viele verschiedene Informationsquellen offenbleiben und sich verlässliche soziale Gemeinschaften suchen, die uns keine weiteren Bedingungen für die Zugehörigkeit stellen. Man kann zum Beispiel auch gemeinsam auf die Straße gehen.

Christiane Dietrich - Kreisverband Weimar

Die Quellenliste für unsere Beiträge finden Sie auf:

<https://diebasis-th.de/zeitung>

Impressum:

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Thüringen
Südstraße 15 Geb. 7a
99867 Gotha

Vertreten durch:

Vorsitzender S.-Jarno Bien

Kontakt:

Mail: kontakt@diebasis-th.de

Web: www.diebasis-th.de

Spendenkonto:

Bank: Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE61 8205 1000 0163 1384 86
BIC: HELADEF1WEM

V.i.S.d.P. Marcello Stoll



Wir vergessen nicht!

Am 21. November 2022 verkündete Sachsens Ministerpräsident Kretschmer, dass die Kita- und Schulschließungen sowie die „Bundesnotbremse“ 2021 nicht notwendig gewesen wären. Er sagte, „dass in dieser Zeit viele Ungerechtigkeiten passiert sind, wir aber jetzt versuchen sollten, ‚nach vorne‘ zu leben.“

Einen Tag darauf teilte das Bundesverwaltungsgericht mit, dass die Ausgangsbeschränkungen nach der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung im Frühjahr 2020 mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar waren.

Das sind nur zwei Beispiele von aktuellen Meldungen, die im Nachhinein bestätigen, was wir als Partei dieBasis schon 2020 kritisierten. Bereits zum damaligen Zeitpunkt hätte man wissen können, dass die Maßnahmen nicht verhältnismäßig waren. Mit entsprechenden Fakten und Studien von international anerkannten Virologen und Medizinem, die uns damals schon vorlagen, konnten wir das auch belegen. Allerdings verweigerten die damalige Regierung und auch ein Ministerpräsident Kretschmer Gespräche, die eine faktenbasierte Einschätzung der Situation erlaubt hätten. Stattdessen wurden gerade wir als Partei, ebenso wie alle kritischen Stimmen als Corona-Leugner, Schwurbler oder gar Nazis diffamiert.

Diverse Studien zeigen mittlerweile, welche gesundheitlichen und psychischen Schäden diese Maßnahmen besonders bei Kindern angerichtet haben. Und nein! Die vielen Suizide von Jugendlichen, die soziale Kälte, das einsame Sterben von alten Menschen in den Pflegeeinrichtungen und die Zerstörung vieler Existenzen werden wir nicht vergessen, Herr Kretschmer. Wir wurden zwei Jahre unserer Freiheit beraubt! Die Partei dieBasis setzt sich für eine juristische Aufarbeitung und gerichtliche Strafverfahren gegen alle an diesen Grundrechtsverletzungen beteiligten Politiker ein. Besonders gegen jene, die sich in dieser Zeit mit ihren Forderungen nach verschärften Maßnahmen hervorgetan haben.

„Nach vorne leben“ heißt für uns auch, die Verletzungen unserer Menschenrechte aufzuarbeiten. *Sybilie König, Kreisverband Weimar*

Mit dem Basis-Auto unterwegs

Mit dem weithin sichtbaren Schild „Inflation, Waffenlieferung, Frieren im Winter – wo ist Ihre rote Linie?“ stellten sich einige dieBasis-Mitglieder aus Weimar zum Ende des Sommers mit unserem Basis-Auto auf Parkplätzen vor Einkaufszentren in Weimar und Umgebung. Damit ersparten wir uns die Anmeldung von Ständen und Gebühren, kamen mit Menschen ins Gespräch, verteilten unsere aktuelle Zeitung und machten die Partei dieBasis als Alternative zur derzeitigen Regierungspolitik bekannt. Auch wenn einige Passanten zunächst sagten: „Lassen Sie mich bloß mit der Regierung in Ruhe, da kriege ich schlechte Laune“, wurden die meisten doch zugänglicher, wenn ich ihnen antwortete: „Na, da sind wir doch schon zwei, denen es so geht.“ Dabei ergaben sich viele intensive Gespräche über die Sorgen, Nöte und Ängste der Menschen und deren Kritik am Regierungsgeschehen.

Die Mehrheit der Befragten kritisierte die Waffenlieferungen in die Ukraine. Den meisten Menschen ist klar: Mit Waffen beendet man keinen Krieg, ebenso wenig wie mit einseitiger Kriegspropaganda anstelle von deeskalierenden Vermittlungsgesprächen zwischen den Kriegsparteien. Kritik gab es auch an der Sanktionspolitik gegen Russland. Die Angesprochenen waren sich darin einig, dass die Sanktionen am Ende den meisten Schaden in Deutschland und hier besonders in der Wirtschaft nach sich ziehen. Und dass sie deshalb sofort beendet werden müssten.

Natürlich gab es auch andere Meinungen unter den Befragten. Manch einer fand die Regierungspolitik in Ordnung. Und vor allem junge Menschen interessierten sich oft gar nicht für Politik. Für mich schockierend war die Aussage eines ehemaligen Offiziers: „Da würde ich gar nicht lange fackeln und mit meiner Truppe rüber und die Russen platt machen.“

Zum Glück stand dieser pensionierte Offizier von allen Menschen, mit denen ich sprach, ganz allein mit seiner Haltung.



dieBasis für DEMOKRATIE

Herausgegeben durch: Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis - Landesverband Thüringen - Januar 2023

Planlos in den Untergang?



In unserer letzten Ausgabe haben wir bereits beschrieben, wie eine verfehlte Geldpolitik seit Jahren die Verteuerung unseres Lebens vorantreibt. Insbesondere der permanente Zwang zur Gewinnmaximierung, vorangetrieben durch Aktien- und Börsengeschäfte, führt zur stetigen Preissteigerung. Diese nimmt durch die Russland-Sanktionen weiter Fahrt auf und allzu gern möchten unsere Regierenden die ganze Schuld dem russischen Präsidenten in die Schuhe schieben. Doch die Entscheidung, russische Rohstoff- und Warenlieferungen zu boykottieren, wurde nicht unter dem Druck der russischen Regierung gefällt. Die Blockade von Nordstream 2 und die mysteriöse Zerstörung beider Nordstream-Pipelines durch seltsam „unbekannte“ Täter treibt die Preisspirale nun weiter in die Höhe.

Die Preise für Gas, Öl und Strom steigen weiter und führen zur allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, denn wir zahlen ja bei jedem einzelnen Produkt die erhöhten Herstellungskosten durch steigende Gas- und Energiepreise obendrauf. Die jetzige Situation gleicht der, in der wir uns vor etwa 50 Jahren befanden. 1973/74 löste die sogenannte Ölkrise einen Angebotschock aus. Damals schlossen sich Länder mit großen Ölvorräten zur Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) zusammen und bildeten ein Angebotsmonopol, um den Wettbewerb auszuschalten. Durch Verringerung der Fördermengen wurde Öl auf dem Markt verknappt. Bis 1981 stiegen die Preise in mehreren Etappen. In den Ölimportierenden Ländern führte das zu Inflation und Rezession (Stagflation). Weil sie

die tieferliegenden Ursachen nicht analysierten, griffen die Notenbanken zum vermeintlichen Patentrezept und erhöhten kräftig die Zinsen. Zinserhöhungen sind ein probates Mittel, um klassische Inflationen in den Griff zu bekommen. Doch in diesem Fall bewirkten sie das Gegenteil. Mit ihren Zinserhöhungen verschärften die Notenbanken die Rezession.

Bis heute scheinen unsere Politiker nichts daraus gelernt zu haben. Wieder einmal sollen die Zinsen erhöht werden.

Eine Gemeinschaftsprognose der deutschen Wirtschaftsinstitute behauptet zudem, die Preissteigerungen würden letztlich den deutschen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugutekommen.

Aber das ist Unfug. Die gestiegenen Preise führen ja nicht zu Realloohnerhöhungen oder Gewinnsteigerungen deutscher Mittelstands-Firmen. Sie kommen in erster Linie den Energielieferanten zugute, also zum Beispiel dem Emir von Katar.

Die nun geplante Energiepreisdeckelung klingt zunächst besser als Zinserhöhung, doch bedeutet sie vor allem eine zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes. Das Defizit will man angeblich durch eine Übergewinnsteuer von den Krisengewinnlern, also den Energielieferanten, ausgleichen. Aber kann man das allen Ernstes von einem Kanzler erwarten, der sich für die Beihilfe zur Steuerhinterziehung in großem Stil (Cum-Ex-Skandal) verantworten muss? Und wie will Christian Lindner denn den Emir von Katar besteuern? Und wie soll unser Staatshaushalt saniert werden, wenn wir für Waffenlieferungen und Aufrüstungen

Hunderte von Milliarden zusätzlich ausgeben wollen? Das alles wirkt in höchstem Maße planlos. Dabei wird offensichtlich: Es kann nur eine sinnvolle Lösung geben. Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden. Statt weiter Waffen zu liefern muss ein Waffenstillstand als Voraussetzung für weitere Verhandlungen vereinbart werden und zwar sofort! Die Sanktionen müssen gestoppt und es müssen wieder vernünftige internationale Wirtschaftsbeziehungen entwickelt werden – auch zu Russland. Das wäre das Einzige, was im Interesse der Menschen in Europa und damit auch der Menschen in der Ukraine und in Russland liegen kann.

Wem nützt das Desaster?

Betrachtet man die gegenwärtige Politik unserer Regierung im Ukraine-Konflikt, hat man immer mehr das Gefühl, dass es sich um groben oder schlimmer noch um gefährlichen Unfug handelt. Andererseits ist wohl kaum anzunehmen, dass es sich bei unseren Politikern durchweg um Dummköpfe handelt, die einen Fehler nach dem anderen begehen und damit der eigenen Bevölkerung am meisten schaden.

Der Sinn im Unsinn zeigt sich meist, wenn man die Frage stellt: Wem nützt das Desaster?

Und unsere Politiker, die sich ja eigentlich „Volksvertreter“ nennen, muss man fragen: Welche Interessen vertritt ihr wirklich? Unsere können es jedenfalls nicht sein.

Der Wirtschaftsprofessor Christian Kreiß schrieb: „Bei der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines gab es gleich zweimal einen Knall. Als Erstes den Knall während der Unterwasserdetonation und als Zweites den der Sektkorken in den USA. Dort sitzen jene Profiteure, denen die Zerstörung der Unterwasserröhren neue Gewinne in die Kassen spült.“





Die Macht der Lobby-Verbände durch direkte Demokratie beenden!

Haben Sie sich gefragt, warum wir nach 2,5 Jahren medizinischem „Ausnahmestandard“ noch immer keine gesetzlichen Beschlüsse haben, welche den Pflegeberuf entlasten und besser vergüten? Die deutliche Mehrheit der Menschen möchte das, dennoch wird es nicht umgesetzt. Warum? Horst Seehofer gab die Antwort darauf bereits 2006 in der ZDF-Sendung Frontal 21: „Ja, das ist so. Seit 30 Jahren bis zur Stunde, dass sinnvolle strukturelle Veränderungen auch im Sinne von mehr sozialer Marktwirtschaft im deutschen Gesundheitswesen nicht möglich sind wegen des Widerstandes der Lobby-Verbände.“



Stellen Sie sich vor, eine Initiative des medizinischen Personals könnte einen Gesetzesentwurf direkt einbringen und per Volksentscheid die Politik dazu zwingen, entsprechend zu handeln... das könnten wir tun, wenn wir eine echte Demokratie hätten. Direkte Demokratie schafft Handlungsfähigkeit, vorbei an parteipolitischen oder politikfremden Interessenskonflikten. Im Moment wird die Politik jedoch durch hierarchische Partei- und Fraktionsstrukturen von wenigen Akteuren gelenkt. Fraktionsvorsitzende üben Druck auf die Mandatsträger aus, im Sinne der Fraktion abzustimmen. Dieses Vorgehen ist antidemokratisch und aus meiner Sicht verfassungsfeindlich, da die im Grundgesetz verankerte freie Entscheidung eines Mandatsträgers auf diese Weise eingeschränkt wird. Selbst das Be-

schließen eines Koalitionsvertrages halte ich für verfassungswidrig, da Parteien nicht über das Stimmverhalten der Mandatsträger bestimmen dürfen.

Diese hierarchischen Strukturen führen auch dazu, dass Lobbyisten ein leichtes Spiel haben, auf das Stimmverhalten der Abgeordneten einer Fraktion, Einfluss zu nehmen. Es reicht für die Lobbyvertreter, eine Hand voll Personen zu beeinflussen oder zu bestechen, um ganze Fraktionen zu lenken.

Direkte Demokratie umgeht diese Mechanismen. Sobald wir erkennen, dass Gesetze von Lobbyverbänden geschrieben wurden und nicht im Interesse der Bevölkerung sind, müssen wir, die Menschen an der Basis der Gesellschaft immer die Möglichkeit haben, diese Gesetze per Volksentscheid zu kippen. Wir müssen als Souverän das letzte Wort haben!

Direkte Demokratie ist ein Schutz vor Korruption und missbräuchlichem Lobbyismus. Die Tatsache, dass wir Gesetze wieder kippen können, muss immer als „Damoklesschwert“ über den Entscheidern schweben. Das würde ihr Verhalten direkt verändern. Ich persönlich würde in den strukturellen Veränderungen noch weiter gehen – und die Abschaffung der Fraktionen in ihrer heutigen Form anstreben. Diese sollten in Arbeitsgruppen geändert werden, die lediglich einen Sprecher wählen und keinem Fraktionschef untergeordnet sind.

Fakt ist: Wir müssen Entscheidungsgewalten dezentralisieren.

Wir müssen uns bewusst sein, welche Gefahren es mit sich bringt, wenn nur eine kleine Gruppe von Menschen darüber entscheiden kann, dass wir in einen Krieg hineingezogen werden, etwa weil die Rüstungsindustrie daran verdient und ihre Lobbyverbände die Politik bestimmen. Oder wie gefährlich es für uns ist, wenn die Lobbyverbände der Pharmaindustrie bestimmen dürfen, was zum vermeintlichen Schutz unserer Gesundheit gesetzlich angeordnet werden kann.

Diese Konzentration von Macht weniger Profiteure über eine große Mehrheit muss aufhören.

Dafür steht die Partei dieBasis.

Michael Platz
Mitglied im Landesvorstand Thüringen

Volksbegehren Thüringen 2023

Nicht nur wählen, auch abwählen muss möglich sein!

Volksentscheid Thüringen (buergerveto-thueringen.de)

Deutschland ist souverän - seine Regierung offenbar nicht

Entgegen vieler Behauptungen, die auf Kundgebungen oder in Diskussionen geäußert werden, ist Deutschland völkerrechtlich gesehen ein souveränes Land, das selbst entscheiden könnte, mit welchen militärischen Partnern es auf welche Weise zusammenarbeiten will. Im Zuge der Wiedervereinigung handelten die vier Besatzungsmächte USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion mit den Regierungen der BRD und der DDR die sogenannten Zwei-plus-Vier-Verträge aus. Mit der grundlegenden Verpflichtung zu einer friedlichen Außenpolitik wurde Deutschland ein eigenes Entscheidungsrecht in militärischen Fragen zugesichert. Die Sowjetunion erhielt das Versprechen, dass es keine NATO-Osterweiterung geben werde und zog ihre Besatzungstruppen vollständig vom ostdeutschen Gebiet ab. Dadurch hätte sich die Chance für ein militärisch neutrales Deutschland ergeben. Doch wurde sie bekanntlich nicht genutzt. Das US-Militär und kleine englische und französische Truppen blieben. Sie sind aber laut Zwei-plus-Vier-Vertrag kündbar. Darin heißt es: „Jede stationierende Vertragspartei kann durch Anzeige an die anderen Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren von dem Aufenthaltsvertrag zurücktreten. Die Bundesrepublik Deutschland kann den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien durch Anzeige an die Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden.“

Und im Weiteren wird noch einmal unmissverständlich formuliert:

„Das vereinte Deutschland hat [...] volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“

Auch wenn der wirtschaftliche und politische Druck der USA auf Deutschland unübersehbar groß ist, die Behauptung, Deutsch-

land wäre ein unmündiges, besetztes Land entspricht nicht den völkerrechtlichen Tatsachen. Tatsache ist, dass die deutsche Regierung von ihrem Recht, die Truppenstationierungsverträge zu kündigen, keinen Gebrauch macht. Die Behauptung, man würde damit die Sicherheit Deutschlands gewährleisten, ist in mehreren Punkten falsch.

Gerade die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Territorium garantiert alles andere als Sicherheit, sondern stellt ein enormes nukleares Vernichtungsrisiko aufgrund seiner bloßen Existenz und als militärisch brisantes Ziel dar.

Eigentlich wäre Deutschland sogar verpflichtet, seine militärische Zusammenarbeit mit den US-Truppen zu kündigen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag legt fest: „Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.“



Die Bundesregierung handelt verfassungswidrig, wenn sie die US-amerikanische Militärbasis Ramstein duldet, die seit Jahren als Drehkreuz für völkerrechtswidrige Drohnenmorde dient, denen bereits Tausende von Unschuldigen zum Opfer fielen. Dass sogenannte „Bündnispflichten“ Deutschland zwingen, sich an Angriffskriegen der NATO wie z.B. in Jugoslawien, Afghanistan und Libyen zu beteiligen steht im völligen Widerspruch zu unseren eigenen Gesetzen und den Geboten des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Das gilt heute insbesondere für die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldaten.

Die Entscheidungen der Bundesregierung machen Deutschland zu einer aktiven Kriegspartei und setzen die Bevölkerung dem Risiko entsprechender militärischer Gegen Gewalt aus.

Die Kündigung der Truppenstationierungsverträge, die Kündigung der NATO-Mitgliedschaft und die Rückbildung der Bundeswehr auf eine reine Verteidigungsarmee innerhalb der deutschen Grenzen könnten heute mehr denn je ein glaubwürdiges Zeichen für das Versprechen sein, dass „von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht“. Dies würde auch dem Willen der deutschen

Bevölkerung entsprechen; die sich in Umfragen mehrheitlich gegen Waffenlieferungen, gegen Auslandseinsätze und gegen Aufrüstung ausspricht und statt dessen ein deutlich stärkeres Engagement für diplomatische Lösungen erwartet.

Die AG Frieden der Partei dieBasis hat umfassende Leitlinien für eine Frieden fördernde Politik erarbeitet. Diese finden Sie hier:
<https://diebasis-partei.de/2022/10/leitlinien-fuer-eine-frieden-foerdernde-politik-der-partei-diebasis>

Corona-Maßnahmen entsprechen Formen des Missbrauchs

Lange habe ich mich gefragt, warum sich so wenige Menschen gegen die Corona-Maßnahmen zur Wehr gesetzt haben. Nach vielen unterschiedlichen Erklärungsversuchen stieß ich auf die Aussagen der Traumatherapeutin Merideth Miller bei der 72. Sitzung des Corona-Ausschusses.

Sie vergleicht den gesellschaftlichen Zustand unter den Corona-Maßnahmen mit einer Konstellation, wie sie in Familien herrscht, in denen Missbrauch stattfindet. Die missbrauchte Person will den Missbrauch – auch später oft – nicht erkennen. Selbst wenn man ihr Beweise vorlegt, versucht sie, diese zu ignorieren. Stattdessen sucht sie Erklärungen, Rationalisierungen und Ausreden. Die Betroffenen wollen glauben, dass die misshandelnden Eltern sie lieben bzw. geliebt haben. Dabei entsteht ein fast unlösbarer Konflikt.

In unseren biologischen Verhaltensmustern stellen wir soziale Bindungen über kognitive Erkenntnisse. Dieses evolutionäre Erbe ist im urgeschichtlichen (primitiven) Teil unseres Gehirns verankert. Und eben dieser Teil kann dafür sorgen, dass Informationen verweigert werden, die dem Erleben einer sicheren, sozialen Bindung im Wege stehen. Dieser Widerspruch bewirkt jedoch eine tiefe psychologische Spaltung. Es entsteht die sogenannte „kognitive Dissonanz“.

Für Merideth Miller geschieht unter der Corona-Politik etwas sehr Ähnliches. Die Regierenden werden wie Elternfiguren erlebt, denen man vertraut und deren Autorität anerkannt wird. Genau hier kann der Kreislauf des Missbrauchs beginnen. Die gesellschaftliche Anerkennung des Einzelnen wird mit Corona-Maßnahmen an Bedingungen geknüpft, die sich gegen den Einzelnen selbst richten.

- Wer die ungeheure Bevormundung, sich zu Hause einzuschließen und keinen anderen Menschen mehr zu treffen, bereitwillig akzeptiert, gehört zum „guten Teil“ der Bevölkerung.